



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886990

B/XLIII/278 - 6. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Der Bund und die Straßen  
Landstraßen I. und II. Ordnung bleiben Stiefkinder  
Von H.G. Ritzel, MdB

65

3

Indien vor dem Sturm?  
Delhi attackiert Karachi

44

4 - 4a

Stichwort: "Achtung 2"  
Ein CDU-Kanzler in Berlin

65

5 - 6

Konfessionelle Verhetzung  
Protest eines evangelischen Pfarrers

73

\* \* \*

\* \*

Der Bund und die Straßen

von H.G.Mitzel, MdB

Als Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 29.10.1957 vor dem Dritten Deutschen Bundestag die Regierungserklärung abgab, sagte er u.a.:

"Die Bundesmittel für den Straßenbau werden wir von Jahr zu Jahr steigern müssen, um die im Straßenbauplan vorgesehenen Bauarbeiten finanzieren zu können. Die Bundesregierung kennt die Verkehrsnöte der Städte und Gemeinden und wird daher die Straßenbaumittel so einsetzen, daß ein in allen Teilen leistungsfähiges Gesamtnetz entsteht."

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben in den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments oft, sehr oft aber auch ohne Erfolg, den Versuch gemacht, eine Hilfe des Bundes zugunsten der Kreise und Gemeinden, die von Straßenlasten sehr betroffen sind, zu erzielen. Wie im Vorjahr, so weist der von der Bundesregierung aufgestellte Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 wiederum keinen Pfennig eines Ansatzes zugunsten der Landstraßen I. und II. Ordnung auf, also nichts zugunsten der in der Baulast der Länder stehenden Landstraßen I. Ordnung und nichts zugunsten der Entlastung der Kreise, die die Baulastträger für die Landstraßen II. Ordnung (Kreisstraßen) sind.

Es soll nicht bestritten werden, daß in bezug auf die Bereitstellung von Bundesmitteln zugunsten der Bundesstraßen und Bundesautobahnen eine Entwicklung nach oben gegeben ist, es kann aber auch nicht bestritten werden, daß selbst diese Entwicklung unbefriedigend ist. Der Bundesfinanzminister hätte nach dem Ausbauplengesetz nach seiner Erklärung vom 16.4.1958 1 300 Mio DM bereitstellen müssen. Das ist nicht der Fall. Im Straßenhaushalt des Bundes stehen für das Rechnungsjahr 1959 857 Mio DM im ordentlichen Haushalt und 218 Mio DM im außerordentlichen Haushalt. An ÖffK-Krediten sollten für die Bundesautobahnen 150 Mio DM ermöglicht werden, statt dessen sind es nur 134 Mio DM. Der vom Bundestag beschlossene Vierjahresplan erfordert im Jahre 1959 einen Gesamtaufwand von 1,7 Milliarden DM. Das Bundesfinanzministerium bereitet zur Zeit einen Gesetzentwurf vor, der eine Erhöhung der Mineralölsteuer-

vorsieht, deren Mehrertrag den Bundesfernstraßen zugutekommen soll. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes für 1959 enthält eine entsprechende Bestimmung. Die Gesamtsumme aller für das kommende Rechnungsjahr nach dem Willen der Bundesregierung bereitzustellenden Mittel genügt zur Deckung des Bedarfs in keiner Weise. Bis jetzt hat es die Bundesregierung unterlassen, die Straßenbauverpflichtungen als eine Einheit zu sehen. Diese Tatsache mußte dazu führen, daß Hunderte von notwendigen Baumaßnahmen auf dem Gebiete des Straßenwesens unterbleiben müssen und daß die mit vielen Straßenkilometern belasteten Kreise nicht in der Lage sind, die Landstraßen II. Ordnung so instand zu halten, wie es der sich ständig steigende Verkehr verlangt.

Es genügt nicht, daß der Bund zur Entlastung der Gemeinden Kosten für Ortsdurchfahrten und Umgehungsstraßen übernimmt. Bundesregierung und Bundestag können die Tatsache nicht weiter ignorieren, daß es sich bei sehr vielen Gemeindestraßen um einen Zustand handelt, der als Notstand angesprochen werden muß. Es rächt sich die Tatsache, daß im Grundgesetz die Gemeinden nicht als 3. Säule der Existenz der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt werden und daß sie demzufolge nur als Anhängsel der Länder gelten, und hierdurch in bezug auf die Verteilung der Finanzmasse gegenüber dem Bund nicht als selbständige Inhaber verbriefter Rechte auftreten können.

Man darf gespannt sein, in welchem Ausmaß sich der Deutsche Bundestag bei der bevorstehenden Etatberatung seiner Pflicht bewußt sein wird, zur Entlastung der Gemeinden und der Kreise und zugleich zur Sicherung einer ausreichenden Straßenunterhaltung entscheidende Maßnahmen zu treffen. Es genügt im Zeitalter der Motorisierung nicht, gute Autobahnen und gute Bundesstraßen zu haben - die Zubringerstraßen zu diesen Bundesstraßen sind nicht weniger wichtig. Wenn sich nicht unhaltbare Zustände entwickeln sollen, ist es höchste Zeit, vor allem den Gemeinden und Kreisen durch entsprechende Mittelbereitstellung zu helfen, wobei man sich über das dabei anzuwendende System durchaus unterhalten kann. In Frage kommen Direktzuweisungen ebenso wie die Umklassifizierung von Kommunalstraßen sowie Landstraßen I. und II. Ordnung. Entscheidend bleibt, daß endlich auf diesem Gebiet ein gründlicher Anfang gemacht wird.

+ + +

Indien vor dem Sturm?

H.E.D. - In seiner jüngsten Erklärung vor dem indischen Parlament bezeichnet Ministerpräsident Nehru das gegenwärtige Regime im Nachbarstaat Pakistan als eine "nackte und unverhüllte Diktatur", die nach seiner Meinung geeignet sei, die demokratischen Grundlagen des Commonwealth zu bedrohen. Diese Worte stimmen im Inhalt mit der Stellungnahme überein, welche Nehru kurz nach der Errichtung der Militärregierung in Karachi abgab, nur daß der Ton noch schärfer, noch beißender geworden ist. Es nimmt nicht Wunder, daß sich allmählich selbst die politischen Freunde des indischen Ministerpräsidenten fragen, warum er gerade jetzt zum rhetorischen Angriff gegen Pakistan blasse und jene Politiker nachträglich als "Demokraten" rehabilitiere, die doch nachgewiesenermaßen in den letzten Jahren in Pakistan sich zumindest nicht weniger autoritär aufgeführt hätten als die Offiziere um General Ayub Khan.

Die Haltung Nehrus ist umso unverständlicher, als er in der Vergangenheit nur sehr selten bei der Errichtung von diktatorischen Systemen in Asien und Afrika - man denke an Ägypten und China - das Prinzip der Demokratie zum Kriterium der indischen Haltung gegenüber derartigen Staaten gemacht hat. Neu-Delhi schwieg, als Indonesiens Staatspräsident in Anlehnung an das Pekinger Beispiel eine anti-parlamentarische Staatsform für sein Land empfahl und auch durchsetzte. Ministerpräsident Nehru fand keine Worte der Kritik, als sein Commonwealth-Kollege Dr. Nkrumah in Ghana Gesetzesvorlagen durchpeitschen ließ, welche das Recht der freien Meinungsäußerung zu einer Phrase werden ließ.

Man mag die neuen Männer in Karachi für sture und autoritäre Militärs halten, aber ihre Herrschaft dürfte ebenso wenig eine Gefahr für die Grundlagen des Commonwealth bilden als die reaktionäre und mit religiösen Haßausbrüchen durchsetzte Politik ihrer feudalistischen Vorgänger, wenn man überhaupt einen Vergleich bilden will. Man wird nicht fehl gehen in der Auffassung, daß der indische Ministerpräsident einige Schritte vorbereitet, wobei die gegenwärtige Attacke gegen Karachi nur einer von diesen ist.

Das Regime in Pakistan hat bis jetzt diese Attacken völlig ignoriert und sich dadurch in eine günstigere Ausgangsposition bei späteren Auseinandersetzungen vor der Weltöffentlichkeit gesetzt. Als bemerkenswert muß der Umstand gelten, daß es dem kanadischen Ministerpräsidenten Diefenbaker nicht gelang, Nehru bei seinen harten Angriffen zu bremsen, da nach Auffassung des Kanadiers Ayub Khan in jeder Beziehung ein Fortschritt gegenüber den früheren Herrern in Pakistan sei.

In Neu-Delhi halten sich hartnäckig die Gerüchte, die davon sprechen, Nehru habe mit diesen Attacken von den gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten seines Landes ablenken wollen und zum altbewährten Mittel des Angriffs auf Pakistan gegriffen. Damit aber habe er sich in eine Reihe mit den Pakistanis gestellt, die seit Jahren nichts anderes kennen als den Angriff auf Indien.

"Stichwort: Achtung 2"

sp - Es ist mehr als ein statistisches Rechenexempel, wenn festgestellt wurde, daß der Bundeskanzler von den rund 40 Stunden, die er von Freitagnachmittag bis sonabendfrüh in Berlin weilte, genau 90 Minuten für Verhandlungen mit dem Senat zur Verfügung hatte, der aus Anlaß dieses sogenannten Staatsbesuches des Bonner Regierungschefs alle Dienstgebäude beflaggt hatte. Die übrigen Tages- und Abendstunden nützte Adenauer zu CDU-interner und CDU-wahltaktischer Arbeit mit dem Ziele aus, das der Berliner CDU-Vorsitzende Lemmer in einer seltsamen Mischung von Naivität und "Daffke" so beschrieb: "Die SPD zu schlagen und Konrad Adenauer eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, eng mit ihm zusammenzuarbeiten."

Adenauer wurde in seiner Robustheit noch deutlicher. Er verlangte von den Berlinern, sich parteipolitisch mit der Bonner CDU-Bundesregierung gleichzustellen, warf der SPD vor, sie spiele den Sowjets die Karten in die Hand, und forderte die führenden SPD-Politiker auf, jetzt den Mund zu halten und ihn nicht zu stören. Die Berliner CDU-Zeitung "Der Kurier" war erstaunlicherweise der Ansicht, daß dieser auch für Adenauer neue Maßes an autoritärer Unschuldsepket der "freie Ausdruck seiner landesväterlichen Sorgen" gewesen sei.

Die Berliner, gleichviel welcher Parteirichtung, haben an diesem Vorwahltag-Weekende so und ähnlich an eigener Beise erlebt, was der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende unter "Zusammenarbeit mit der Opposition" versteht. Als der CDU-Ansager in der Deutschlandhallen-Versammlung kurz vor der reichlich verspäteten Ankunft Adenauers die für die Ordnerheerschaar bestimmten Einsatzbefehle "Stichwort: Achtung 1" und "Stichwort: Achtung 2" über den Lautsprecher durchgab, konnten sich auch die treuesten CDU-Wähler das Lachen nicht verkneifen. Aber es ging ihnen so wie den Studenten im auditorium maximum der freien Universität, als sie einen völlig ernst gemeinten Adenauer-Satz über Chruschtschow mit Gelächter aufnahmen und von dem dazwischen Kanzler zurechtgewie en wurden.

Dieses "Stichwort: Achtung 2" war, nimmt man alles in allem, was man an außen- und innenpolitischer CDU-Wahlaktivität des alten Mannes aus Rhöndorf in Berlin erlebte, von erregender Symbolbedeutung. Und ebenso erregend war die Reaktion der von Adenauer schlagweg nur als "meine lieben Parteifreunde" angesprochenen Tausende in der Deutschlandhalle selbst. Aus der Studentenkrona tönte dem Kanzler außer Beifall noch heftiges Zischen entgegen, und als die Adenauer'sche Vorlesung über die Adenauer-Politik zu kraus wurde, verließen ganze Gruppen den großen Saal der Freien Universität. In der Deutschlandhalle aber dröhrte der Boden und flogen die Arme in die Luft, als Adenauer seine "landesväterlichen Sorgen" mit harten Worten der Politik der Stärke verkündete. Und als er Erich Ollenhauer und Carlo Schmid attackierte - "ihre überflüssigen Erklärungen stärken bei den Westalliierten nicht die Neigung, neben uns in die Bresche zu steigen" - da überschlugen sich die "Rot bleibt rot" und "Pfui-Pfui". Als Adenauer den Sozialdemokraten den Mund verbot, rief keiner pfui, da klatschten die Berliner CDU-Leute frenetisch Beifall.

Ernst Lemmer hatte zum Schluß seiner Einleitungsrede, in der er vergeblich versucht hatte, den Kanzler an die Fairness-Leine zu legen, die Hoffnung geäußert, daß dieser Berliner Wahlkampf nicht allzuviel zerbrochenes Porzellan zurücklassen möge. Kein Zweifel, daß sich die Berliner Politiker selbst sehr angestrengt darum bemüht haben. Den weit über das parteipolitische hinausgehenden Scherbenhaufen aber, der trotzdem nach dem 7. Dezember nicht nur in den westberliner Straßen herumliegen wird, den hat allein der Mann verschuldet, den der CDU-Kurier sinnigerweise als "Landesvater" apostrophiert hatte. Die CDU sollte also nicht nur in Berlin dem "Stichwort: Achtung 2" sehr ernsthaft größte Bedeutung beizumessen, bevor die Scherben nicht mehr wegzukehren sind.

+ + +

### Gegen konfessionelle Verhetzung

Die Gemeinde Nieder-Olm in Rheinhessen hat einen neuen hauptamtlichen Bürgermeister. Gemeinsam mit einer Freien Liste hat die SPD ihre Stimme dem gebürtigen Nieder-Olmer Kandidat Dr. Günter Heinemann gegeben. Unmittelbar nach der Wahl setzte in der Gemeinde eine gemeine Hetze gegen den neuen Bürgermeister ein.

Flugzettel tauchten auf und Plakate wurden geklebt, deren Inhalt beschämend ist. Es heißt nämlich dort: "Wir wollen keinen gottlosen Amtsbürgermeister. Wir fordern einen christlichen Bürgermeister." Hier zeigt sich erneut der Versuch, alle diejenigen, die nicht bereit sind, die schlechte Politik der CDU mitzumachen, als "unchristlich" abzustempeln. Dabei gibt die CDU immer vor, sie wolle die Gemeinschaft innerhalb der verschiedenen Konfessionen sichern. Das Ergebnis ist eine gemeine konfessionelle Verhetzung, wie sie jetzt in Nieder-Olm zum Ausdruck kam.

Der Pfarrer der evangelischen Gemeinde Nieder-Olms, Helmut König, hat den anonymen Schreibern der Flugzettel und Plakate eine deutliche Antwort erteilt, der nichts hinzuzufügen ist. Wir veröffentlichen deshalb nachfolgend den Wortlaut dieser Antwort:

"Der Bürgermeisterwahl in Nieder-Olm am 29.10.1958 folgt nun ein böses Nachspiel. Leider! Denn man kann in diesen Tagen - wohlgemerkt: nach der Wahl - an Häusern und Türen folgenden Zettel lesen:

"Wir wollen keinen gottlosen Amtsbürgermeister. Wir fordern einen christlichen Bürgermeister."

Dieser Spruch fordert eine Stellungnahme. Der neugewählte hauptamtliche Bürgermeister, Herr Dr. Günter Heinemann aus Idstein, ist ordentlich, rechtlich und nach den demokratischen Prinzipien gewählt worden. Er ist evangelisch getauft, evangelisch konfirmiert und evangelisch gewirkt worden und bis heute bewußtes Glied der Evangelischen Kirche. Daß der neue Bürgermeister evangelisch ist, mag eine alte Tradition in Nieder-Olm brechen, sollte aber doch in keiner Weise Anlaß zu konfessionspolitischen Streitigkeiten geben. Dazu ist es aber nun gekommen durch Machenschaften einer Anzahl Leute, die eine niedrige Hintertreppenpolitik versuchen. Diese Gruppe scheut nicht davor zurück, die bürgerliche Ehre eines Mannes, der in kurzer Zeit das verantwortungsvollste Amt der Gemeindeleitung übernehmen soll, zu beschmutzen und damit von vornherein seine Autorität zu untergraben versuchen - und das nur darum, weil er evangelisch ist!

Aber noch nicht genug! Weil Herr Dr. Heinemann evangelisch ist, wird er "gottloser Amtsbürgermeister" genannt. Was folgert daraus? Nach Ansicht dieser Leute ist also evangelisch gleich gottlos und die Evangelische Kirche eine "gottlose" Kirche! Hier suchen also Leute den neuen Bürgermeister, weil er evangelisch ist, als Mensch einer wertlosen und gottlosen Kirche zu stempeln und die Evangelische Kirche in übler Ge-  
hässigkeit als unchristlich zu erklären.

Diese Zeilen wurden nicht geschrieben, weil wir uns gegen die Verleumdung der Gottlosigkeit wehren und unsere Christlichkeit beweisen müßten. Das überlassen wir einem anderen. Aber wir prangern die Niedertracht an, die hinter diesem losen Spruch steht, damit deutlich wird, welche Leute in Nieder-Olm auch Politik machen wollen - und zwar mit un-  
saubersten Mitteln, die erkennen lassen, daß die Evangelische Kirche und die evangelische Glaubensüberzeugung unerwünscht sind - unerwünscht in einem Staat, der auf Christlichkeit so viel Wert legen will. Solchen Leuten fehlt jede Reife für eine verantwortliche Aufgabe in der Öffentlichkeit.

Ich bin dankbar, daß ich bis heute der guten Meinung sein kann, daß sich die amtliche katholische geistliche Seite in Nieder-Olm genauso von dieser üblen Tat distanziert und sie verurteilt. Für jeden redlichen Bürger ist es selbstverständlich, daß eine politische Gemeinde einen Bürgermeister braucht, der in völliger Korrektheit und Sachlichkeit alle Menschen und auch alle Konfessionen gleich behandelt und in seinem Aufgabenbereich zum Wohl der Gemeinde arbeitet. An dieser Aufgabe mitzuarbeiten, setzen sich wohl beide Konfessionen im Rahmen ihres Amtes und ihrer Möglichkeit gerne ein.

Übrigens sei dies noch deutlich gesagt: Der Schmutz, den diese Clique werfen wollte, kann weder ein Glied der Evangelischen Kirche noch die Evangelische Kirche selbst treffen, sondern er fällt auf die Urheber des Plakates zurück. An dieser infamen Handlungsweise wird nur ein völlig ungebildeter, hinterhältiger und gehässiger Charakter deutlich, der nicht den Mut aufbringen kann, aus seiner Anonymität hervorzutreten und sich zu seinen Taten zu bekennen. Ein ernst und redlich denkender Mensch kann diese Leute nicht mehr ernst nehmen.

Helmut König

Pfarrer der Evang. Gemeinde  
Nieder-Olm "

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel